

Schülerproteste

Frankreich: „Die Jugend merkt, dass es keinen Plan für ihre Zukunft gibt“

Seit dem 21. September gehen Schülerinnen und Schüler in Frankreich auf die Barrikaden, die Polizei reagiert mit Härte. Worum es bei den landesweiten Protesten geht, warum die Wut der Jugendlichen so groß ist und welche Parallelen es zu Deutschland gibt, erklärt Anne-Clémence Le Noan, Expertin für Chancengerechtigkeit im französischen und deutschen Bildungssystem.

Alexandra Mankarios / 15. Oktober 2026



Schülerinnen und Schüler protestieren in Frankreich unter anderem gegen unterfinanzierte Schulen.

© Aurelien Morissard/AP/dpa

Deutsches Schulportal: Haben die Proteste Sie überrascht?

Anne-Clémence Le Noan: Ja, aus mehreren Gründen. Zum einen ist der Zeitpunkt kurz nach dem Beginn des neuen Schuljahres ungewöhnlich. Normalerweise finden Schülerproteste eher im Frühling statt, wenn das Schuljahr schon weiter fortgeschritten ist. Außerdem haben die Proteste zwar in sozial benachteiligten Gegenden begonnen, sich dann aber über Schulen in ganz Frankreich ausgebreitet. Auch Lycées in wohlhabenden Vierteln und Privatschulen beteiligen sich. Das hat mich sehr überrascht. Deshalb habe ich den Eindruck, dass es sich um die Bewegung einer gesamten Generation handelt, anders als bei früheren Protesten. Außerdem hat mich die extrem harte Reaktion der Polizei überrascht, damit hätte ich nicht gerechnet. Allein am 1. Oktober wurden 1.949 Menschen festgenommen, das sind sogar mehr als bei den Gelbwesten-Protesten 2018.

Was kritisieren die Schülerinnen und Schüler?

Sie kritisieren mehrere Punkte, allen voran, dass nicht genug Geld in Schulen investiert wird. Die Gebäude seien in einem schlechten Zustand und es fehle Personal, nicht nur Lehrkräfte, sondern zum Beispiel auch in der Schulsozialarbeit oder -psychologie. Zu große Klassen und schlecht rhythmisierte Schultage mit gehäuften Freistunden sind ein weiterer Kritikpunkt. Dann bereitet ihnen das sehr intransparente System des Hochschulzugangs Sorgen. Und sie kritisieren, dass sich nach früheren Bürgerdialogen zum Thema nichts geändert hat. Dass Frankreich bei den im September veröffentlichten

[PISA-Ergebnissen \(/bildungswesen/die-zehn-wichtigsten-ergebnisse-der-pisa-studie-2025/\)](#) wieder schlecht abgeschnitten hat, hat weiter zur Unzufriedenheit beigetragen. Insgesamt glauben die jungen Menschen, dass die Regierung nicht in sie und ihre Zukunft investiert. Kürzlich erschien eine Studie zu den Auswirkungen von [künstlicher Intelligenz \(/schulkultur/kuenstliche-intelligenz-ki-im-unterricht-chancen-risiken-und-praxistipps/\)](#)

. Junge Menschen werden es demnach besonders schwer haben, unbefristete Arbeit zu finden. Viele haben große Zukunftsangst.

Haben die Jugendlichen mit ihrer Kritik recht?

Sie erhalten zumindest von vielen Seiten Unterstützung. Lehrkräfte, Eltern, Studierende, Gewerkschaften, auch einige Bürgermeister solidarisieren sich mit der Bewegung. Aber die politischen Lager bewerten die Bewegung unterschiedlich. Die Partei „La France insoumise“, die im politischen Spektrum weit links steht, hat ihre Unterstützung ausgesprochen und die Polizeigewalt gegen die Jugendlichen verurteilt. Rechte und rechtsextreme Parteien stellen die Proteste als gewalttätigen städtischen Aufstand dar und verweisen darauf, dass zum Beispiel in Nantes eine Schule abgebrannt ist.

Das Lycée, also die Schulform, an der jetzt Schülerinnen und Schüler aufbegehren, umfasst nur die letzten drei Schuljahre vor dem Abitur. Warum ist die Unzufriedenheit hier besonders groß?

Unter Jean-Michel Blanquer, Bildungsminister von 2017 bis 2022 während der ersten Amtszeit von Staatspräsident Macron, gab es eine große Lycée- und Abiturreform. Unter anderem kann man seitdem Schwerpunktfächer individuell

wählen. Und in den letzten zwei Jahren vor dem Abitur gibt es laufende Leistungskontrollen, deren Ergebnisse für das Abitur zählen. Das hat den Druck auf die Jugendlichen stark erhöht. Auch die Ungleichheit ist gewachsen, weil die Bewertung sehr intransparent und zwischen den Schulen nicht vergleichbar ist.

Zudem wurde damals die Plattform Parcoursup eingeführt, die den Zugang zum Studium verwaltet. Vor der Reform konnte man sich mit einem Abitur einfach an einer Hochschule einschreiben. Nun muss man bestimmte Fächer belegt haben, um zu einem Studienfach zugelassen zu werden. Das heißt, das Abitur ist keine allgemeine Berechtigung zum Studium mehr. Aus diesen Gründen wollen die Protestierenden unter anderem die damalige Reform wieder rückgängig machen.

In Deutschland und Frankreich hängt der Bildungserfolg stärker als in anderen Ländern von der sozialen Herkunft ab. Inwiefern spielt mangelnde Chancengerechtigkeit bei den Protesten eine Rolle? Immerhin haben sie in den sozial benachteiligten Vorstädten begonnen.

Ich habe viel zu Chancengerechtigkeit an deutschen und französischen Schulen geforscht. Es stimmt, dass beide Länder soziale Ungleichheiten im Bildungssystem überdurchschnittlich stark reproduzieren. Aber die Ursachen dafür unterscheiden sich. In Deutschland tragen vor allem das mehrgliedrige Schulsystem mit seiner frühen Selektion und die mangelnde Durchlässigkeit dazu bei. In Frankreich herrscht eine geografische Segregation vor: Der Bildungserfolg hängt sehr davon ab, wo jemand lebt. Außerdem besuchen in Frankreich ungefähr 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler im Sekundarbereich private Lycées.



**Es stimmt, dass beide Länder soziale
Ungleichheiten im Bildungssystem
überdurchschnittlich stark reproduzieren.
Aber die Ursachen dafür unterscheiden
sich.**

Der Personalmangel oder die Kritik an der Hochschulzugangsplattform Parcoursup betreffen allerdings alle Schülerinnen und Schüler, auch wenn es diejenigen in benachteiligten Stadtvierteln stärker trifft. Deshalb glaube ich, dass wir es eher mit einer Generationenbewegung zu tun haben und soziale Ungleichheit nur eine untergeordnete Rolle spielt. 2005 gab es in den benachteiligten Vororten regelrechte Aufstände. Damals stand die soziale Ungleichheit viel stärker im Fokus.

Auch in Deutschland sind viele Schülerinnen und Schüler frustriert und leiden zum Beispiel unter dem Lehrkräftemangel. Erschwert das föderale System eine bundesweite Mobilisierung?

Das glaube ich nicht. Die Gen Z kann in beiden Ländern mobilisieren, das haben wir bei Fridays for Future gesehen. Ich vermute eher, dass es hier um sehr frankreichspezifische Themen geht. Ein weiterer möglicher Unterschied: In Deutschland gab es Anfang der 2000er-Jahre den sogenannten PISA-Schock. Die Politik hat das ernst genommen, Mittel zur Verfügung gestellt und Maßnahmen entwickelt. In Frankreich gab es keinen PISA-Schock, und es gibt auch kaum langfristige Maßnahmen wie das deutsche Startchancen-Programm. Vielleicht zeigt uns jetzt die Jugend in Frankreich, was sich in Deutschland schon bei PISA gezeigt hat: dass es nicht gut läuft und sich etwas ändern muss.

Welche Schwerpunkte setzt die Bildungspolitik in Frankreich?

Allein seit Mai 2022, dem Beginn von Emmanuel Macrons zweiter Amtszeit,

gab es sieben Bildungsministerinnen und -minister. Viele von ihnen haben Maßnahmen angestoßen, aber selten über einen längeren Zeitraum. Viele waren nur kurzfristig und wurden nie evaluiert, sondern einfach durch andere Maßnahmen ersetzt. Die Jugend merkt natürlich, dass es keinen Plan für ihre Zukunft gibt. Maßnahmen wie das deutsche

[Startchancen-Programm \(/bildungswesen/startchancen-programm-was-hilft-benachteiligten-schuelerinnen-und-schuelern-wirklich/\)](https://bildungswesen/startchancen-programm-was-hilft-benachteiligten-schuelerinnen-und-schuelern-wirklich/)

, das mit 20 Milliarden Euro ausgestattet ist und über zehn Jahre läuft, senden eine ganz andere Botschaft. Ein weiterer Unterschied zu Deutschland: Am Anfang haben ja die Lehrkräfte gestreikt und die Schülerinnen und Schüler haben sich mit ihnen solidarisiert. Das war nur möglich, weil die Lehrkräfte in Frankreich ein Streikrecht haben, anders als die verbeamteten Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland.

Im Frühjahr 2027 wird in Frankreich gewählt. Welche Rolle spielt Bildung im Vorfeld der Wahlen in der öffentlichen Debatte?

Bildung ist ein Thema, hatte aber bisher keine hohe Priorität. Es war schon auffällig, dass sich am 1. Oktober zunächst der Innenminister öffentlich zu den Protesten geäußert hat, noch vor dem Bildungsminister. Und die harte Reaktion der Polizei hat viele Menschen im Land schockiert. In den sozialen Netzwerken haben sich die Bilder davon schnell verbreitet.

Ich habe den Eindruck, dass sich nun etwas verändert hat. Am 6. Oktober hatte der Premierminister noch eine Antwort der Regierung bis Ende des Monats angekündigt. Einen Tag später hat Bildungsminister Édouard Geffray einen Notfallplan vorgestellt und über 3.000 zusätzliche Lehrkräfte ab sofort versprochen. Die Gewerkschaften kritisieren, dass das nicht ausreicht und dass langfristige Maßnahmen nötig sind. So kurz vor den Wahlen ist natürlich ein schlechter Zeitpunkt, um solche Vorhaben anzuschieben. Aber ich habe die Hoffnung, dass die Proteste trotzdem langfristig Wirkung zeigen, indem sie den Parteien vor der Wahl deutlich machen: Das Thema Bildung darf in euren Wahlprogrammen nicht unter den Teppich gekehrt werden.

Zur Person



Anne-Clémence Le Noan

© vonZynski.com |
Jennifer Sanchez

- Anne-Clémence Le Noan ist Beraterin bei [PD – Berater](https://www.pd-g.de) (<https://www.pd-g.de>) der öffentlichen Hand.
- Sie hat ihre Doktorarbeit über Veränderungen im Umgang mit sozialen Ungleichheiten im Bildungswesen in Frankreich und Deutschland geschrieben.
- Zuvor war sie unter anderem Lehrerin für Französisch und Latein an einer Schule in Bobigny, einem sozial benachteiligten Vorort von Paris.
- Sie hat außerdem an Feldforschungsprojekten zum Thema Bildung in Krisenregionen wie der Zentralafrikanischen Republik und Haiti mitgewirkt.
- An der Sciences Po in Paris und der Berliner Hertie School promovierte sie in Soziologie und Politikwissenschaft. Zuvor absolvierte sie einen Masterstudiengang in Management und Public Policy an der Freien Universität Berlin und der HEC Paris.